



Stephan Klecha
Alexander Hensel

Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei

Verlag Barbara Budrich



Stephan Klecha, Alexander Hensel
Zwischen digitalem Aufbruch und analogem
Absturz: Die Piratenpartei

Stephan Klecha
Alexander Hensel

Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2013

Das Buch „Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei“ basiert auf einem von der Otto Brenner Stiftung (www.otto-brenner-stiftung.de) initiierten und gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt. Ergebnisse aus diesem Forschungsprojekt sind als Arbeitsheft 74 der OBS unter dem Titel „Die Piratenpartei – Havarie eines politischen Projekts?“ erschienen. Weitere Informationen zu dem Forschungsprojekt, dem OBS-Arbeitsheft und den Autoren finden sich unter www.piraten-studie.de



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2013 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-8474-0116-2

eISBN 978-3-8474-0374-6

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de
Satz: R + S, Redaktion + Satz Beate Glaubitz, Leverkusen

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Anfänge in Schweden und Deutschland	16
2.1 Internationale Wurzeln und Entwicklungen	18
2.2 Entstehung der deutschen Piraten	22
2.2.1 Aufstieg der Außenseiter	25
2.2.2 Zwischen Idealen und Notwendigkeiten	33
3. Organisation der Piraten	39
3.1 Parteiaufbau	39
3.2 Tücken der Basisdemokratie	44
3.3 Identifikation über Basispartizipation	51
3.4 Schiedsgerichtswesen und weitere Strukturen	62
3.5 Zwischen Partizipation und Informationsüberflutung	65
4. Mitglieder und Sympathisanten	75
4.1 Was die Mitglieder bewegt	75
4.2 Politwanderer und merkwürdige Gestalten	80
4.3 Das gesellschaftliche Umfeld der Partei	84
4.4 Die Legende von der Postgenderpartei	86
5. Programm und Ideologie	91
5.1 Stellenwert der Programmatik	92
5.2 Ausrichtung des Grundsatzprogramms	95

5.3	Von der Lebenswelt zu Programmbausteinen	104
6.	Wählerschaft der Partei	111
6.1	Nicht nur ein urbaner Hype	111
6.2	Programm, Protest und Projektion	115
6.3	Interessen der Wählerschaft	118
7.	Finanzen der Piratenpartei	122
7.1	Parteigründungen und die staatliche Teilfinanzierung	122
7.2	Leere Kassen und chaotische Buchführung	124
7.3	Wachsende Ansprüche	128
8.	Piraten im politischen System	132
8.1	Etablierte Parteien reagieren	132
8.1.1	Kommunikative und organisationskulturelle Reaktionen	133
8.1.2	Inhaltliche Offerten	136
8.1.3	Strategische Orientierungen	138
8.2	Piraten in Parlamenten	142
8.2.1	Regierungsbildung	149
8.2.2	Kontrolle der Regierung	150
8.2.3	Alternative zur Regierung	152
8.2.4	Zwischen Fraktionsdisziplin und gesellschaftlicher Resonanz	155
9.	Fazit	160
10.	Literaturverzeichnis	171
	Danksagung	191

1. Einleitung

Seit dem Einzug der Piratenpartei in das Berliner Abgeordnetenhaus ist die 2006 gegründete Partei ins Visier einer breiteren Öffentlichkeit geraten. Während anfangs irritiert bis interessiert über die politischen Neulinge berichtet wurde, nahmen im Verlauf des Jahres 2012 kritische Einschätzungen und Interventionen deutlich zu. Die Unzulänglichkeiten der Partei wie der geringe Frauenanteil, antisemitische Aussagen einzelner Mitglieder oder programmatische und organisatorische Schwächen waren unübersehbar und lieferten ausgiebig Stoff für Skandale und öffentliche Erregung. Gleichzeitig verursachten auch Forderungen der Piraten im Bereich des Urheberrechts oder der Sozialpolitik zusehends kritische Reaktionen. Hinzu kamen Austritte, Rücktritte, Pannen bei Wahlversammlungen und langsam absinkende Umfragewerte. Ab Mitte 2012 war daher zunehmend von „Flaute“ (Becker u.a. 2012b), einem „schlaffen Segel bei den Piraten“ (Thiede 2012) oder von „Ernüchterung“ (von Bullion 2012) zu lesen. Seitdem die Piraten im Januar 2013 zudem den Einzug in den niedersächsischen Landtag deutlich verpasst haben und die weiteren Umfragen kaum bessere Werte für die anstehenden Wahlgänge ausweisen, halten viele Beobachter das Ende des Piratenerfolgs für besiegelt (Bewarder 2013; Reinbold 2013).

Es scheint, als erginge es den Piraten damit wie den Republikanern, der Statt-Partei oder den Freien Wählern, die ihre kurzzeitigen Erfolge nicht verstetigten beziehungsweise sich nicht bundesweit etablieren konnten. Allerdings stehen die Piraten insgesamt so gut da wie keine andere neugegründete Partei in der Geschichte der Bundesrepublik seit dem Entstehen der Grünen: In vier Landtagen sind Piratenfraktionen gebildet worden und auf kommunaler Ebene besitzt die Partei eine ansehnliche Zahl von Mandatsträgern. Mit zwei bis drei Prozent in den Umfragen besitzen die Piraten zudem ein recht verlässliches Fundament, welches bei Wegfall der Sperrklausel zumindest den Einzug ins Europaparlament gewährleisten dürfte. Mit über 30.000 Bürgern haben sich den Piraten so viele Mitglieder einer neuen Partei angeschlossen wie zuletzt den Grünen Anfang der 1980er Jahre.

Die Piratenpartei steht also am Scheideweg. Kurzfristig scheinen weitere Landtags- oder gar Bundestagsmandate in weiter Ferne zu liegen, was auch nicht wenige Piraten nach dem schlechten Abschneiden bei der Landtagswahl

in Niedersachsen und der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein so sehen. Gleichwohl lassen sich daraus nur bedingt Schlussfolgerungen auf mittlere Sicht ziehen, denn zweifelsohne gibt es gegenwärtig ein nicht unerhebliches Potenzial an latent unzufriedenen Wählern, die für die Bundestagswahl 2013 sowie bei den 2014 und 2015 noch folgenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Hamburg und Bremen noch unentschieden sind. Aus diesem Reservoir haben die Piraten während ihres elektoralen Hochs schöpfen können, und es ist keineswegs ausgeschlossen, dass ihnen das wieder gelingt. Allerdings ist seit Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2013 die Konkurrenz an Parteien, die dieses Wählerspektrum umwirbt, eher größer als kleiner geworden hat. Ungeachtet dessen gibt es Grund für eine grundlegende und differenzierte Sicht auf die Piratenpartei. Diese legen wir mit diesem Buch in einer ausführlichen Form vor.

Gefördert von der Otto-Brenner-Stiftung und mitfinanziert von der Hans-Böckler-Stiftung haben wir über ein Jahr die Piratenpartei untersucht und sind dabei insbesondere der Frage nachgegangen, ob es den Piraten gelingen kann, sich im Parteienspektrum zu etablieren. Diese so einfach erscheinende Fragestellung erfordert eine durchaus anspruchsvolle Operationalisierung: Sie muss gleichermaßen die Entwicklungsgeschichte der Partei betrachten, die kulturellen und ökonomischen Determinanten in den Blick nehmen und die Antizipationsfähigkeit des politischen Systems analysieren. Aufbauend auf den historischen und kulturellen Grundlagen der Partei haben wir ihren Organisationsaufbau, ihre Mitglieder- und Wählerstruktur, ihre Finanzen sowie ihre programmatischen Grundlagen umfassend untersucht. Auch die ersten parlamentarischen Aktivitäten haben wir ausgewertet. Stets lässt sich dabei das Spannungsverhältnis zwischen politischer Führung und Basispartizipation beobachten. Immer wieder ringen die Piraten darum, ihre hehren Ansprüche an Beteiligung der Parteibasis und an Transparenz aller politischen Vorgänge zu verwirklichen. Dabei versuchen sie, gerechte Verfahren zu implementieren und Entscheidungen rational zu begründen. Dem stehen jedoch die tradierten Formen politischer Führung, Kommunikation und Legitimation entgegen, mit denen die Piraten zwangsläufig konfrontiert sind.

Natürlich sind für ein derartiges Forschungsvorhaben einige Aspekte unwägbare und bleiben es auch nach intensiver Betrachtung des untersuchten Gegenstands. Allerdings sind wir durch den Zuwachs an medialer wie wissenschaftlicher Aufmerksamkeit in die Lage versetzt, nicht nur über ein sehr vielschichtiges Material zu verfügen, sondern haben 2012 bis Anfang 2013 etliche Veränderungsprozesse der Partei beobachtet. Stürmisches Wachstum, zähe Stagnation und ein schleichender Niedergang begegneten uns in dieser Zeit. Durch die Neuwahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen wurden die Organisationsstruktur und die finanzielle Ausstattung der Partei einem echten Härtestest unterzogen. Forschungsseitig bot insbesondere die

hürdenreiche Aufstellung der Kandidaten für die niedersächsische Landtagswahl im Januar 2013 reichhaltiges Anschauungsmaterial. In diesem Zusammenhang wurde der Blick für grundlegende Mängel, aber auch für manche Stärken in der Arbeitsweise der Partei freigelegt. Insgesamt haben wir nicht nur den gewohnten Ablauf der Parteiarbeit beobachtet, sondern gleichzeitig erlebt, welche konstruktiven wie destruktiven Dynamiken in der Partei freigesetzt worden sind.

Wir konnten unsere Analyse naheliegender Weise nur auf wenige bereits vorhandene Forschungsansätze stützen. Zwar ist das Bemühen, sich wissenschaftlich mit der Partei auseinanderzusetzen, schon einige Zeit erkennbar gewesen, doch waren die bisherigen Untersuchungen darauf gerichtet, eine sich konsolidierende Kleinpartei unterhalb der Sperrklausel zu betrachten (Jesse 2011; Jürgens/Jungherr 2011; Neumann, T. 2011; Niedermayer 2010; Wilde 2011; Zolleis u.a. 2010). Selbst die recht gängige Methodik des Vergleichs lieferte bislang nur wenig ergiebige Erkenntnisse (Neumann, T. 2011: S. 21, 119ff.; Zolleis u.a. 2010: S. 10, 20ff.). Zu unterschiedlich sind die Ausgangs- und Rahmenbedingungen, und zu unterschiedlich sind auch die Entwicklungswege der internationalen Piratenparteien bis dato. Durch die Berlinwahl hat sich der wissenschaftliche Erkenntnisfokus eindeutig verlagert. Strukturen, Erfolgsbedingungen, Entstehungsgeschichte und Organisationsprinzipien der Partei waren nunmehr ebenso wichtig (Bieber 2012a; Gürbüz 2011) wie das Erkenntnisinteresse hinsichtlich Wählerschaft und künftiger Perspektiven der Partei zunahm (Borchard 2011; Güllner 2011; Haas/Hilmer 2012; Hirscher 2011; Niedermayer 2013b; Onken/Schneider 2012). Auch programmatische und diskursorientierte Fragen sind mittlerweile aufgeworfen worden (Debus/Faas 2013; Hönigsberger 2012; Wenzlaff 2012). Erste Ansätze von Gesamtdarstellungen sind ersichtlich (Appelius/Fuhrer 2012; Hensel u.a. 2012). Ergänzt wurde diese wissenschaftliche Debatte durch publizistische Beiträge, die sich der Partei in sehr unterschiedlicher Art und Weise, in jedem Falle aber neugierig und staunend, genähert haben (Häusler 2011; Schilbach 2011; Seibert 2012; Zeh 2011; besonders gelungen dabei: Wagner 2012b). Daneben ist eine Vielzahl von Aufsätzen entstanden, welche sich mit Einzelaspekten des Erfolgs der Partei befasst haben (Buck 2012; Erlingsson/Persson 2011; Franzmann 2012; Guggenberger 2012). Anfang 2013 sind zudem reflektierende Erlebnisberichte hinzugekommen (Geisler 2013; Gründinger 2013; Weisband 2013). Gemeinsam ist allen Darstellungen, dass sie mehr oder weniger unsicher hinsichtlich der zukünftigen Perspektiven der Partei sind.

Oftmals hängt die Bewertung dessen auch von normativen Positionen oder Hoffnungen ab. So gibt es gerade im Kreis der publizistischen Interventionen eine gewisse Zuneigung zu den Piraten oder ihren politischen Visionen, weswegen die Einschätzungen dann auch überaus gutwillig sind (so bei

Häusler 2011; Seibert 2012; Zeh 2011). Eine den Piraten gegenüber sehr aufgeschlossene Perspektive nehmen auch einige Autoren ein, die einzelne Charakteristika der Piratenpartei in ihrer Bedeutung für die Parteiendemokratie in Deutschland insgesamt hervorheben (Bieber 2012b; Bieber/Lewitzki 2013). Andere Autoren hingegen beschreiben eher die Herausforderungen, die mit dem Aufstieg der Piratenpartei verbunden sind (Franzmann 2012; Hensel 2012b; Korte 2012b). Bemerkenswert ist eine Akzentverschiebung, die im Laufe des Jahres 2012 zu beobachten war. Waren bis dahin kritische Anmerkungen zur Piratenpartei eher selten und tendenziell recht pauschal urteilend (Krätzig 2010), nahmen spätestens ab Herbst 2012 die Einwände deutlich zu. Am Anfang standen kritische Bewertungen zum Anspruch der Piraten auf Transparenz und zu deren Form der Kommunikation (Han 2012). Hinzu kamen im Kern wohlwollende, jedoch kritische Hinweise auf die Themensetzung der Piraten (Leggewie 2012). Nach und nach wurden jedoch Stimmen lauter, die grundsätzlicher und dezidiert kritisch argumentierten. Dazu gehören vor allem jene Beiträge, die ab dem Spätherbst 2012 erschienen sind und den schleichenden Niedergang einbeziehen konnten (Buck 2012; Vogelmann 2012a). Interessanterweise handelt es sich bei den besonders pointierten Beiträgen vorwiegend um Einschätzungen aus dem publizistischen Bereich (exemplarisch: Wagner 2012b). Sie zeichnen dabei den Übergang von der anfänglichen Euphorie zu tiefer Enttäuschung und Frustration über und mit den Piraten nach. Gestützt werden diese Einschätzungen in jüngst veröffentlichten Erlebnisberichten von Parteimitgliedern, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben (Geisler 2013; Gründinger 2013).

Zusammen mit dem Einbruch in den Meinungsumfragen scheint die Frage nach der Zukunft der Piratenpartei im Parteiensystem aus dieser Perspektive heraus negativ entschieden zu sein. Dabei haben wahlsoziologische Analysen durchaus ein latentes elektorales Potenzial erfasst (Haas/Hilmer 2012; Niedermayer 2013b; Onken/Schneider 2012). Die Aufgabe der Parteienforschung liegt darin, abzuschätzen, ob die Piratenpartei in programmatischer, organisatorischer und personeller Hinsicht in der Lage ist, dieses tatsächlich abzuschöpfen. Abgesehen von einigen weiterhin gutwilligen Ansätzen (Seibert 2012), ist diese Frage in der Forschung wie in der Publizistik weitgehend unbeantwortet. Mit der hier vorliegenden Untersuchung wollen wir dazu beitragen, diese Lücke zu schließen, und einen differenzierten Blick auf die Piratenpartei werfen.

Im Verlauf des Forschungsprozesses haben wir immer wieder erlebt, dass Mitglieder der Partei unsere Einschätzungen sehr unterschiedlich aufgenommen haben. Während Funktionsträger auf der Landes- und Bundesebene manchen kritischen Hinweis geben, aber unsere Arbeit insgesamt wohlwollend zur Kenntnis nehmen, kommentieren einzelne Piraten an der Basis unsere Einschätzungen mit der spöttischen Bemerkung, dass eh 90 Prozent von

dem, was Parteienforscher über die Piraten sagen würden, falsch sei. Die Reaktionen auf der Kommunikationsplattform Twitter fallen zum Teil etwas wüster aus:

Abbildung 1: Diskurs mit Piraten auf Twitter



Deutlich werden an *Abbildung 1* zunächst verbreitete, negative Reaktionsmuster. Einerseits wird unsere Seriosität als Forscher infrage gestellt. Andererseits wird der Gehalt unserer Beiträge ohne inhaltliche Begründung pauschal bestritten und unsere Aussagen als schlecht oder falsch dargestellt. Doch solche Beiträge sind die Ausnahme gewesen und haben im Laufe des Forschungsprozesses abgenommen beziehungsweise ließen sich vereinzelt auch in interessante Diskurse zwischen Forschern und Piraten überführen.

Diese erst einmal ungewöhnliche Form der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Forschungsobjekt haben wir im weiteren Fortgang mehr und mehr genutzt, um Thesen und Einschätzungen über die Piraten zur Diskussion zu stellen. Mitglieder der Piratenpartei, Wissenschaftler und Journalisten haben dieses Diskussionsangebot genutzt oder sind mit uns in zahlreichen Diskussionsrunden ins Gespräch gekommen.

Abbildung 2: Diskussion mit Piraten auf Twitter



Unsere Untersuchung basiert auf einer breit angelegten qualitativen Methodik, in deren Mittelpunkt die Beobachtung steht. Gerade für Forschungsfelder, die „schwer zugänglich“ sind oder bei denen „Neuland betreten wird“ (Lamnek 2005: S. 548), bietet sich die teilnehmende Beobachtung an. Die Chicago-Schule der Soziologie in den 1920er Jahren (vgl. Diekmann 2010: S. 549f.; Schmidt-Lauber 2007: S. 223) oder die zweifelsohne herausragende

Studie über die Arbeitslosen von Marienthal (Jahoda u.a. 1996) haben dieses Forschungsvorgehen maßgeblich geprägt. Damit übernehmen wir eine zwar bewährte, jedoch in der Politikwissenschaft erstaunlich selten verwendete Methodik (Fenno 1986: S. 14; Schöne 2005: S. 169). In unserem Vorgehen hat uns dabei ebenfalls bestärkt, dass auch die Anfangsjahre der Grünen mit der Methode der Beobachtung überaus erkenntnisreich erschlossen worden sind (Raschke/Heinrich 1993). Ungeachtet der Schlüssigkeit von Vergleichen zwischen Piraten und Grünen (Hensel u.a. 2012) lässt sich die seinerzeit gewählte Methodik in jedem Falle gut adaptieren.

Nun ergibt sich im Falle der Piratenpartei die Besonderheit, dass es durch die umfangreiche Präsenz der Partei im Internet eine Schnittstelle aus nichtteilnehmender Beobachtung und Dokumentenanalyse gibt. So legt die Partei ihr Wirken und Handeln im Rahmen ihrer digitalen Kommunikation sehr umfänglich und für jeden zugänglich dar. Die Sitzungen des Bundesvorstands sind als Verlaufsprotokolle und als Audiodateien verfügbar, Parteitage und Fraktionssitzungen werden live im Internet übertragen beziehungsweise sind in aufgezeichneter Form teilweise dort verfügbar. Der interne Mailverkehr vollzieht sich größtenteils auf frei einsehbaren Mailinglisten. Dadurch lässt sich die Genese und Entwicklung der Partei in vielfältiger Form nachvollziehen. Soweit Debatten und Diskussionen im Internet verlaufen oder dort dokumentiert sind, besteht die Möglichkeit, die erlangten Informationen zu speichern und dadurch die Anforderungen an Reproduzierbarkeit von Daten zu erfüllen. Weil innerparteiliche Diskurse nicht medial oder durch die Parteiadministration gefiltert sind und weil die übliche Geheimhaltung von Gremien bei den Piraten ebenso wenig existiert wie Archivsperrzeiten zu beachten wären, ist ein unverstellter Blick auf das Innenleben der Piratenpartei möglich. Das stellt für den Prozess der wissenschaftlichen Erkenntnis einen erheblichen Mehrwert dar. So ist es problemlos möglich, die Piraten sogar in verdeckter Form nichtteilnehmend zu beobachten.

Allerdings sind die in den unterschiedlichen Kommunikations- und Dokumentationskanälen anfallenden Datenmengen derart exorbitant, dass die Auswertung überaus aufwändig ist, ja eine vollständige Auswertung, realistisch betrachtet, nicht einmal ansatzweise möglich ist. Auch lassen sich relevante Debatten und Informationen schwerlich von den irrelevanten trennen. Allenfalls sind quantitative Aussagen über Häufigkeitsverteilung bestimmter Begriffe oder Themen möglich (Hönigsberger 2012). Diese sagen jedoch möglicherweise wenig über die tatsächliche Bedeutung bestimmter Themen oder Diskurse für die innerparteiliche Auseinandersetzung aus. Schließlich kann die Menge an textuell vorgetragenen Diskussionsbeiträgen in einem Missverhältnis zu den tatsächlichen Interessen von Mitgliedern stehen, deren Kommunikationsverhalten weniger onlineaffin ist beziehungsweise in analogen oder geschlossenen digitalen Foren und Kommunikationsräumen statt-

findet. Zudem kann eine Partei in der Auseinandersetzung mit anderen Parteien zu ganz anderen Fragestellungen gefordert werden, ohne dass sich dieses zuvor in der innerparteilichen Kommunikation widerspiegelt.

Eine nichtteilnehmende Beobachtung der virtuellen Kommunikation der Piraten stößt also an ihre grundsätzlichen wie forschungsökonomischen Grenzen. Dennoch haben wir einige digitale Aktivitäten der Piraten fortlaufend verfolgt. So sind wir den Mailinglisten für die Aktiven auf Bundesebene, in Niedersachsen, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein gefolgt. Diese Auswahl bot sich aufgrund der 2012 und Anfang 2013 dort anstehenden Landtagswahlen an, die zentrale innerparteiliche Debatten forcierten, was uns einen guten Eindruck über innerparteiliche Prozesse und Probleme ermöglichte. Das Aufkommen auf jeder einzelnen Mailingliste erreicht leicht mehrere hundert Mails pro Tag, wobei der Informationsgehalt der einzelnen Mails stark variiert. Daneben nutzen etliche Piraten intensiv den Mikrobloggingdienst Twitter. Auch diese Form der Kommunikation ist leicht ausufernd, dennoch sind wir zumindest cursorisch Mitgliedern des Bundesvorstands, der Landesvorstände und von Mandatsträgern gefolgt.

Diese so verfügbaren Informationsquellen boten ein erstes Raster, das wir auf den beobachteten Treffen der Partei vor Ort vertieften: Parteitage auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, das bundesweite Vorständetreffen (die sogenannte Marina), die Konferenz „OpenMind 2012“, lokale Stammtische und andere inhaltliche Treffen auf den verschiedenen Ebenen. Durch die Beobachtung vor Ort war es uns möglich, nichtteilnehmend die Interaktion zwischen den Piraten jenseits der verbalen Ebene zu verfolgen. Zudem haben wir über 100 Gespräche mit einfachen Parteimitgliedern, Funktionsträgern der verschiedenen Ebenen oder Mandatsträgern geführt, davon über 30 umfangreichere, die mit einem Leitfaden vorstrukturiert worden sind. Für die Teilnahme an den Terminen haben wir uns angemeldet und uns den sich ergebenden Kontakten als Forscher vorgestellt. Aus unseren Notizen heraus haben wir umgehend Beobachtungsprotokolle angefertigt. Durch die zeitnahe Niederschrift der Erfahrungen und Eindrücke der Treffen sind wir der Gefahr entgegengetreten, dass Erinnerungsfehler unsere Wahrnehmung zu sehr verzerren. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass natürlich auch unsere Niederschrift selbst solche Fehler produzieren kann (Diekmann 2010: S. 555; außerdem Schmidt-Lauber 2007: S. 234). Besonders zentrale Termine, wie die großen Bundes- oder einzelne Landesparteitage, haben wir daher über Doppelbeobachtungen erschlossen, um der Größe und Vielfalt entsprechender Treffen gerecht zu werden. Bereits bei der Erstellung der Beobachtungsprotokolle haben wir versucht, unsere Eindrücke in Bezug auf die Dimensionen und Perspektiven der Organisationsentwicklung sowie auf etwaige Chancen der Partei beim Wähler hin zu verdichten. In der weiteren Auswertung war das Material dann bereits für ein hermeneutisches Verfahren stark in der Komplexität reduziert.

Durch die Kontakte in die Organisation hinein entstand zwangsläufig bei den handelnden Personen ein Interesse an dem hier vorgelegten Forschungsvorhaben. Damit war eine informelle Kommunikationsstruktur verbunden, die einen nahtlosen Übergang von der nichtteilnehmenden zur teilnehmenden Beobachtung nach sich ziehen konnte. In dem Moment, wo Erkenntnisse oder Erfahrungen unsererseits an die Mitglieder der Partei zurückgegeben wurden, wurde zwangsläufig der Forschungsgegenstand beeinflusst und verändert. Zentral war dennoch, dass wir immer eine Distanz zum Objekt gewahrt haben. Soweit von der nichtteilnehmenden zur teilnehmenden Beobachtung übergegangen wurde, verblieb die Rolle der Forscher so passiv als möglich.

Die leitfadengestützten, halbstandardisierten Interviews sind bewusst nicht aufgezeichnet oder transkribiert worden. Eine detaillierte, gar wörtliche Dokumentation der Interviews hindert möglicherweise den Befragten, sich gegenüber dem Forscher zu öffnen (siehe auch Lamnek 2005: 616), was wir im vorliegenden Fall als besonderes Problem angesehen haben. In einer Partei, deren Kommunikation ohnehin zu großen Teilen offen liegt, dürfte der Bedarf an vertraulichen Gesprächen zentral sein. Dementsprechend sind wir davon ausgegangen, dass eine ausbleibende wörtliche Dokumentation die Gesprächspartner veranlasst, mehr Informationen preiszugeben als bei einer Ton- oder Bildaufzeichnung der Gesprächssituation. Wohl allerdings haben wir inhaltliche und nonverbale Aspekte mitgeschrieben und umgehend zusammen mit unseren Erinnerungen in Protokollform dokumentiert.

Im Großen und Ganzen hatten wir wenige Probleme, Interviewwünsche erfüllt zu bekommen. Allerdings sahen sich einige Landtagsabgeordnete und kommunale Mandatsträger nicht imstande, trotz wiederholter Nachfragen unsere Gesprächsanfrage überhaupt zu beantworten. Gesprächswünsche mit Vorstandsmitgliedern wurden zum Teil nur vage in Aussicht gestellt, nähere Terminanfragen blieben jedoch unbeantwortet oder wurden in seltenen Fällen sogar kurzfristig abgesagt. Dennoch ist es letztlich gelungen, mit einer ausreichenden Zahl von relevanten Funktionsträgern Gespräche zu führen.

Das hier vorliegende Buch fasst nun alle Ergebnisse einer insgesamt 16-monatigen intensiven Forschungsarbeit zusammen. Etliche Details und Einzelheiten haben wir im Verlauf des Forschungsprozesses bereits publiziert (Hensel 2012a, 2012b; Hensel/Klecha 2012; Klecha 2012a). Eine erste systematische Zusammenfassung haben wir Mitte 2012 vorgelegt (Hensel u.a. 2012) und die wesentlichen Ergebnisse der gesamten Untersuchung in einem Bericht dargelegt, den die Otto-Brenner-Stiftung im Frühjahr 2013 publiziert hat (Hensel/Klecha 2013). Darauf aufbauend beziehungsweise diesen ergänzend legen wir hier nun unseren detaillierten Abschlussbericht vor.

2. Anfänge in Schweden und Deutschland

Um den Kern der Piratenpartei zu verstehen, ist eine Analyse ihrer Genese überaus lohnenswert. Gerade in der Gründungsphase einer Partei finden oftmals Weichenstellungen statt, welche für ihre weitere Entwicklung von hoher Bedeutung sind (Zolleis u.a. 2010: S. 7). Zugleich vollziehen sich Parteigründungen nicht im luftleeren Raum, sondern fußen stets auf einem kulturellen und politischen Vorfeld, in das sie eingebunden sind. Zudem stellen die Piraten unzweifelhaft ein politisches Phänomen von hoher kultureller Spezifik dar, das ohne einen historischen Blick auf die Entstehungs- und Prägungsgeschichte der Partei kaum zu erfassen ist.

Die Entwicklung der Piratenpartei verlief nicht stetig, sondern sprunghaft, was sich in der Mitgliederentwicklung niederschlägt, die sich in mehrere Phasen unterteilen lässt: Eine erste Phase der sehr sachten Frühentwicklung betrifft die Zeit von ihrer Parteigründung im September 2006 bis zum Frühjahr 2009. Eine zweite Phase des rasanten Wachstums lässt sich 2009 vom Frühsommer bis zur Bundestagswahl ausmachen, die in eine dritte Phase der Stagnation und Konsolidierung vom Herbst 2009 bis zum Sommer 2011 überging. Hieran schloss sich ab der Berlinwahl eine vierte Phase an, in der die Partei ein beschleunigtes Wachstum aufwies, das ungefähr bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen angehalten hat (Bieber 2012a: S. 33f.). Seit dem Sommer 2012 ist die Entwicklung der Piratenpartei in eine fünfte Phase übergegangen, die von einer abermals stagnierenden beziehungsweise leicht rückläufigen Mitgliederzahl und einer schwindenden medialen Aufmerksamkeit gekennzeichnet ist.

Bei der Piratenpartei handelt es sich, anders als bei vielen anderen Klein- und Kleinstparteien, nicht um eine Abspaltung von oder Fusion mit bereits etablierten Parteien, sondern um eine genuine Parteineugründung. Die dazugehörigen idealtypischen Merkmale finden sich auch bei der 2006 gegründeten Piratenpartei: Sie griff die Frage nach den Folgen und Verwerfungen der digitalen Revolution auf, worauf aufbauend sie eine grundlegende Agenda entwickelt, eine Kernklientel angezogen und eine damit zusammenhängende spezifische politische Kultur ausgebildet hat (Zolleis u.a. 2010: S. 7f.). Erfasst man die frühen Piraten mittels eines Konfliktmodells, lassen sich zwei programmatische Konfliktkonstellationen ausmachen (Dobusch 2009). Ers-

tens geht es um den durch die technische und gesellschaftliche Expansion des Internets neu aufkeimenden Konflikt um die Nutzung und Regulierung von Wissen, Informationen und Kultur im digitalen Zeitalter. Dieser Konflikt entzündete sich vor allem am Urheberrecht, dessen in analogen Zeiten konzipierten Wirkungsweise und Reglementierungen sich nicht ohne Weiteres auf die Kommunikationsweise im Internet übertragen lassen. Zweitens findet sich ein Konflikt um die fortschreitende Einschränkung von Bürgerrechten im Rahmen der Anti-Terror-Gesetzgebung (Schulzki-Haddouti 2003), der sich auf verschiedene staatliche Überwachungs- und Regulierungsmöglichkeiten digitaler Kommunikation bezieht.

Die Debatten um diese beiden Konflikte sind keineswegs erst mit den Piraten politisch wirksam geworden. So findet sich bereits seit längerer Zeit eine vorwiegend akademische Diskussion um die Idee und Praxis einer sogenannten Wissensallmende (Dobusch/Quack 2011). Außerdem setzen sich mit der Urheberrechtsproblematik etliche Aktivisten auseinander, die vor allem aus dem künstlerischen, wissenschaftlichen und juristischen Bereich stammen und transnational agieren (Dobusch/Quack 2010: S. 5ff.). Auch das Thema „digitale Bürgerrechte“ hat in Deutschland einigen Vorlauf: Bereits die in den 1980er Jahren geführte politische, juristische und gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Volkszählung in Westdeutschland enthielt zahlreiche Aspekte der heutigen Debatten um Schutz, Verarbeitung und Nutzung von erhobenen Daten. Das Bundesverfassungsgericht entwickelte im Zuge dessen sogar mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung eine neue, weitsichtige Norm (Busch/Jakobi 2011; Mayer-Schönberger 2011). Linke und liberale Bürgerrechtler nahmen sich der Materie des Schutzes der Privatsphäre an, beriefen sich auf diese verfassungsrechtlichen Grundsätze, fochten akademische, politische und immer wieder auch juristische Debatten darüber aus. Für die Entwicklung beider Positionen spielte ebenso die seit den 1980er Jahren existierende Hackerbewegung eine prägende Rolle, die der Öffentlichkeit immer wieder die technischen Potenziale wie Gefahren neuer Kommunikationstechnologien demonstrierte (Funken 2010: S. 192ff.). Die Hackerkultur mit der sogenannten Hackerethik bietet einen wichtigen Ausgangspunkt für die soziale, kulturelle und politische Prägung vieler Akteure in diesem Bereich (Castells 2005: S. 52ff.).

Eine entsprechende Prägung lässt sich auch bei den Piraten finden. Sowohl im Wertehorizont als auch im Alltagsleben der Parteimitglieder finden sich mannigfaltige Referenzen an die beschriebene Hacker-, Internet- und Bürgerrechtskultur: ein technisch fundierter Optimismus zur politischen Selbstermächtigung, eine starke Orientierung am Wert der Freiheit, die sich in einer Mischung aus radikalem Individualismus und vernetztem Kollektivismus äußert oder eine ausgeprägte Empathie gegenüber dem Grundgesetz. Die deutsche Piratenpartei ist insofern weder aus dem Nichts entstanden noch

eine bloße Kopie der schwedischen Schwesterpartei, welche als weltweit erste Piratenpartei entstanden ist.

2.1 Internationale Wurzeln und Entwicklungen

Gerade in Schweden hat es bereits vor der Piratenpartei immer wieder Gründungen von Parteien gegeben, die das Internet als ihre zentrale Mobilisierungsressource und als Ort ihrer Entscheidungsfindung einsetzen (Boyd 2008). Mit Knivsta.Now und Demoex gibt es auf kommunaler Ebene zwei Parteien, die seit 2002 in Gemeinderäten von zwei wohlhabenden Vorortgemeinden von Stockholm und Uppsala vertreten sind. Der Versuch, mit Aktiv Demokratie eine solche Partei landesweit zu etablieren, scheiterte aber bei den Reichstagswahlen kläglich. Während diese Parteien vorrangig für alternative Verfahrens- und Entscheidungsmechanismen eintreten, lässt sich die schwedische Piratpartiet demgegenüber eher als inhaltlich orientierte Kraft beschreiben, die in ihrer frühen Entwicklungsphase vor allem gegen eine rechtliche Regulation des Internets gerichtet war. Seit den 1990er Jahren ist es in Schweden immer wieder zu punktuellen Protesten in diesem Bereich gekommen, ohne dass dadurch das Thema dauerhaft auf die politische Agenda gesetzt wurde (Koß 2011: S. 358). Die Gründung der international ersten Piratenpartei im Januar 2006 war insoweit eine Folge dessen, die mit dem schärfer werdenden Konflikt um den internetbasierten und oftmals illegalen Austausch von urheberrechtlich geschützten digitalen Daten und Dateien einen wachsenden Resonanzboden besaß. Die Bedeutung des Konflikts für die schwedische Gesellschaft resultierte unter anderem aus der besonderen Webaffinität der dortigen Bevölkerung, die schon verhältnismäßig früh und in hohem Maße Daten über das Internet austauschte (Bartels 2009: S. 28ff.; Koß 2011: S. 353). Dementsprechend standen sich dort früher als in anderen europäischen Ländern die Interessengruppen der Rechtsverwerter auf der einen und Teile der sich kriminalisiert fühlenden, vorrangig jüngeren Bevölkerung auf der anderen Seite gegenüber (Strippel 2010).

Um die illegale Praxis des sogenannten Raubkopierens durch eine fokussierte Lobbyarbeit und systematische Verfolgung besser zu bekämpfen, gründeten verschiedene große Unternehmen der Unterhaltungsindustrie im Jahr 2001 die Organisation „Antipirateriebüro“ (Neumann, F. 2011: S. 25f.). Dessen Aktivitäten zeigten relativ rasch Erfolge: Im Juli 2005 wurde in Schweden ein verschärftes Urheberrecht verabschiedet, das die Interessen der Rechteinhaber stärkte, indem es nicht nur das Herunter-, sondern auch das Heraufladen von urheberrechtlich geschützten Daten unter Strafe stellte (Gürbüz 2011: S. 20). Hinzu kam die Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, die es ermöglicht, illegale Filesharer eindeutig zu

identifizieren (Gürbüz 2011: S. 21). Als Reaktion darauf entstand 2003 das sogenannte Piratenbüro (schwedisch: Piratbyrå) als organisatorisch eher loser Zusammenschluss und Diskussionszusammenhang, aus dem heraus sich dann Anfang 2006 die schwedische Piratenpartei gründete (Neumann, F. 2011: S. 26).

Die neue Partei verknüpfte in ihrem Programm bürgerrechtliche Anliegen, vor allem auf dem Gebiet des Datenschutzes, mit dem Ziel eines freien und offenen Austausches von Wissen und Kultur im Internet (Koß 2011: S. 356; Neumann, F. 2011: S. 30ff.). Im Vorfeld der schwedischen Parlamentswahl 2006 erlangte sie erstmals eine gewisse mediale Aufmerksamkeit (Zolleis u.a. 2010: S. 8). Immerhin 10.000 Mitglieder traten der Partei bei. Das sprunghafte Wachstum der schwedischen Piraten lässt sich mit dem als drakonisch empfundenen staatlichen Vorgehen nebst Polizeirazzia gegen die Filesharing-Plattform The Pirate Bay im Mai 2006 erklären. Diese vermittelt zwischen Anbietern und Nachfragern von Musik- oder Videodateien, stellt selbst aber kein urheberrechtlich geschütztes Material bereit (Neumann, F. 2011: 26; Wagner 2012b: S. 50). Ihre Popularität vor allem unter Jugendlichen und Heranwachsenden sowie die im Internet kursierenden Videos von der Aktion der schwedischen Polizei führten in verschiedenen schwedischen Städten zu kleineren Demonstrationen. Der Konflikt um das Filesharing besaß für ein gewisses Bevölkerungssegment also durchaus eine lebensweltliche Relevanz und ließ sich ebenso ideologisch und theoretisch unterfüttern. Piratengründer Rickard Falkvinge stilisierte daraus einen Kulturkampf zwischen altem und neuem Modell der gesellschaftlichen Kommunikation und entwickelte damit eine Art Gründungserzählung der Piraten, die in Variationen bis heute verbreitet ist (Neumann, F. 2011: S. 29f.).

Allerdings sagte der rasante Mitgliederanstieg der Piratpartiet wenig über die tatsächliche gesellschaftliche Verankerung der neuen Partei aus. Aufgrund der Möglichkeit zum Online-Beitritt sowie der fehlenden Mitgliedsbeiträge erwiesen sich die anfänglichen Mobilisierungserfolge erwartungsgemäß als wenig nachhaltig (Koschmieder 2012: S. 9). Das deutliche Scheitern von Falkvinges Partei bei den Reichstagswahlen mit gerade einmal 0,6 Prozent der Wählerstimmen verhinderte eine parlamentarischen Repräsentation der Piraten und ließ keinen Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung zu, was ihre weitere Entwicklungsmöglichkeiten zunächst stark limitierte (Koschmieder 2012: S. 4; Zolleis u.a. 2010: S. 9). Doch gut zwei Jahre später wurde mit dem gerichtlichen Verfahren gegen die Betreiber der Plattform The Pirate Bay das Thema Filesharing abermals in der schwedischen Öffentlichkeit virulent. Kontrovers debattierte die schwedische Zivilgesellschaft über die Praxis des Datenaustausches. Die regierende bürgerliche Koalition gab infolgedessen zu erkennen, dass sie bei diesem Thema sensibel reagieren werde (Koß 2011: S. 362). Dessen ungeachtet lief der Gerichtsprozess weiter, an

dessen Ende die Betreiber der Plattform wegen Beihilfe zur schweren Urheberrechtsverletzung zu Haftstrafen und Schadensersatz in Millionenhöhe verurteilt wurden (Gürbüz 2011: S. 25; Neumann, F. 2011: S. 27f.). Parallel dazu debattierten die Schweden zwei Gesetzesvorhaben. In dem einem davon sollte einer Militäreinrichtung weitreichende Befugnisse zur Überwachung von Internet-, Telefon- und Faxverbindungen erhalten. Mit dem anderen setzte Schweden die gegen Filesharing und Urheberrechtsverstöße gerichtete EU-Richtlinie *Intellectual Property Rights Enforcement Directive* (IPRED) in nationales Recht um (Gürbüz 2011: S. 24f.; Koß 2011: S. 364f.).

Die politische Agenda bestimmten damit abermals jene Themen, welche auch die Piratpartiet ins Zentrum ihrer Programmatik gerückt hatte. Vor diesem Hintergrund stieg dann die inzwischen auf 5.000 gesunkene Mitgliederzahl wieder an. Mit 50.000 Mitgliedern wurde die Piratpartiet innerhalb kürzester Zeit zur drittgrößten schwedischen Partei (Koschmieder 2012: S. 9). Diese immense Aufmerksamkeit verhalf ihr Anfang Juni 2009 auch zu 7,1 Prozent bei der Europawahl, womit sie erst einen und nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags sogar zwei Abgeordnete stellen durfte. Gerade jüngere Wähler begründeten ihre Wahlentscheidung mit der Wichtigkeit des Themas Filesharing, weswegen die Piratpartiet bei den unter 30-jährigen Wählern sogar stärkste Partei wurde (Erlingsson/Persson 2011; Koschmieder 2012: S. 9).

Schwedens Wähler neigen allerdings gerade bei Europawahlen dazu, ihre Wahlentscheidung auf einzelne Sachfragen zu stützen, während sie sich bei den nationalen Wahlen eher an langfristigeren Anliegen orientieren (Larsson 2011: S. 4; Wagner 2012b: S. 49). Als nach Ende des Pirate-Bay-Prozesses die Aufmerksamkeit für die Themenagenda der Piraten erneut zurückging und die etablierten schwedischen Parteien den Piraten durch programmatische Anpassungen ihr Alleinstellungsmerkmal entzogen, verlor die Piratpartiet abermals einen Großteil ihrer Mitglieder und scheiterte bei der Reichstagswahl 2010 genauso deutlich wie 2006 (Koschmieder 2012: S. 10; Koß 2011: S. 367; Larsson 2011).

Der weitere politische Niedergang der Piratpartiet hält seitdem recht ungebrochen an, woran auch Parteigründer Rickard Falkvinge seinen Anteil hatte. Dessen exzessiver Lebensstil sorgte ebenso für Irritationen wie sein Plädoyer, Kinderpornographie als Ausdruck von Meinungsfreiheit zu akzeptieren (Wagner 2012b: S. 53). Dass Falkvinge in der Zwischenzeit den Vorsitz an Anna Troberg abgegeben hat, die nach dem Vorbild der deutschen Piraten um programmatische Erweiterungen bemüht ist, hat nichts am Bedeutungsverlust der Piratpartiet geändert.

Falkvinge verstand seine Partei von Anfang an als internationale Bewegung. Zwar scheint es ein wenig vermessen zu sein, die Diskussionen einiger User im Internet und die Forderungen einiger Netzaktivisten gleich als soziale Bewegung zu klassifizieren. Jedenfalls haben sich im historischen Vorfeld